

Neuordnung nach der Krise

Wie die Corona-Pandemie der Europäischen Union buchstäblich ihre Grenzen aufzeigt

Jürgen Liminski

Die Präsidentin der EU-Kommission hat einen Traum. In einem Zeitungsbeitrag zählt Ursula von der Leyen grenzübergreifende Beistandsmaßnahmen in Europa auf und schließt daraus auf eine immerwährende europäische Solidarität. Sie sei „sicher, daß Europa bald wieder auf festen Füßen steht. Und zwar gemeinsam“.

Der Traum erinnert an die vielen historischen Projekte für ein gemeinsames Europa, das, basierend auf einer imaginären allumfassenden Solidarität, in eine Föderation oder gar einen Bundesstaat münden sollte. Zum Beispiel das Projekt des Abbé de St. Pierre, der vor knapp dreihundert Jahren einen „Senat d'Europe“ vorschlug. Der alte Fritz hat das seinerzeit mit einer spöttischen Bemerkung gegenüber Voltaire so abgetan: „Der Abt Saint Pierre hat mir ein schönes Werk über die Methode geschickt, den ewigen Frieden in Europa zu begründen und zu erhalten. Die Sache wäre sehr brauchbar, wenn nur nicht die Zustimmung der europäischen Fürsten und noch einige ähnliche Petitesse dazu fehlen würden.“

Auch heute fehlen sie, die Petitesse. Denn in der Corona-Not haben die europäischen Fürsten zuerst und mit Recht daran gedacht, ihre eigenen Untertanen zu schützen. Der Traum Europa kam danach. Und selbst in der Diskussion um europäische Maßnahmen in und nach der Krise dient Europa vorwiegend als Mittel zum Zweck der eigenen wirtschaftlichen Rettung, Stichwort Eurobonds. Hier wird die Not zum Mittel der Erpressung. Denn es gibt genügend andere Wege. Die EZB läßt ohnehin keinen hängen, der EU-Haushalt hat seine Reserven, die Europäische Investitionsbank kann auch noch ein paar Scheine drauflegen.

Dem Traum der Präsidentin von den Vereinigten Staaten von Europa stehen harte Fakten gegenüber. Der Europäismus hat den Wirklichkeitstest allgemeiner Nützlichkeit für die Sicherheit der Völker nicht bestanden. Es ist immer noch so, daß das Gemeinwohl an der Elle der Nationen gemessen wird. Das schließt eine grenzüberschreitende Kooperation nicht aus und dafür gibt es ja auch zahlreiche Institutionen, angefangen bei der Uno bis hin zu bilateralen Abkommen in Grenzregionen. In Europa ist die Verflechtung soweit gediehen, daß Udo Di Fabio nicht mehr von einem Staatenbund, sondern von einem „Staatenverbund“ redet.

Eine der Lehren aus der Corona-Krise aber wird sein: Wenn es ans Eingemachte geht, an die Sicherheit der Staatsbürger, an die Lebensräume und Schutzräume mit eigenen Identitäten, dann stößt Europa im doppelten Sinn an seine Grenzen. Es sind sowohl die geographischen als auch die operativen Grenzen.

Ideologen denken selten an Vorsorge oder Prävention. Sie halten ihre Ideologien für Allheilmittel. In diesem Punkt aber haben nicht nur die Kommission, sondern auch die Regierungen in Europa schlicht versagt. Alle waren vorgewarnt. In Deutschland sogar amtlich. Die Bundestags-Drucksache 17/12051 aus dem Dezember 2012 erstellte eine „Risikoanalyse für den Bevölkerungsschutz“ mit erstaunlicher Präzision.

Schon in der zweiten Amtszeit der Regierung Merkel war man also darüber orientiert, daß es Probleme geben kann mit den Schutzmitteln für die Bevölkerung, für das medizinische Personal, für die Krankenhäuser. Jedenfalls hat die Bundesrepublik eine entsprechende Bevorratung an Masken, Beatmungsgeräten und Betten verschlafen.

Gleiches gilt für Italiener, Spanier, Briten und Franzosen. Niemand kann behaupten, er sei nicht vorgewarnt gewesen. Auch die Amerikaner nicht. Die CIA veröffentlicht regelmäßig Analysen kommender Krisen. Das tat sie auch 2008, und ihr Bericht wurde auch in Europa publiziert. Darin warnt sie vor einem Virus aus China, das wegen fehlender Therapieoptionen (Medikamente) und Präventionsmöglichkeiten (Impfungen) Millionen Menschen töten könnte. Die Seiten lesen sich wie ein Protokoll aus der Vergangenheit, das die heutigen Zustände aufzeichnet.

Solche Berichte ernst nehmen und die Regierungen zu Maßnahmen bewegen oder solche selbst treffen – das wäre eine Koordinationsaufgabe für die Kommission gewesen und ist es immer noch. Denn bei Pandemien handelt es sich um grenzenlose Gefahren, deren Abwehr supranational koordiniert werden muß, ähnlich der Nato bei militärischen Gefahren. Zu der Koordination könnte dann auch gehören, zentral Intensivbetten in der EU zu erfassen und Optionen für Verlegungen aufzuzeigen. Dann hätten zum Beispiel in der Anfangsphase nicht Patienten aus dem stark betroffenen Mülhausen nach Toulon geflogen werden müssen, statt sie ins nahe und weniger beanspruchte Freiburg zu verlegen. Der Staatenverbund Europas kann nützlich sein. Die Ideologie der offenen Grenzen ist es nicht. Weder totale Abschottung noch totale Vergemeinschaftung sind die Lösung. Corona zeigt uns: Internationale Kooperation und nationale Souveränität bleiben der Königsweg für Europa. Man wird wieder intensiver über Kompetenzverteilungen zwischen Region, Nation und Europäischer Union nachdenken und in diesem Sinn auch Osteuropa ernster nehmen müssen.

Mehr noch: Es zeichnen sich erste Konturen einer Geopolitik nach Corona ab. Der Globalismus mit seiner weltweiten Arbeitsteilung hat auf seiner Jagd nach den billigsten Produktionskosten manche Nationalstaaten abhängig gemacht von China. Es rächt sich heute, daß Europa Schutzkleidung und Medikamente vorwiegend dort herstellen ließ. Die Kommunistische Partei Chinas aber hat nicht das Gemeinwohl aller im Sinn, sondern die Weltherrschaft. Wenn man aus dieser Krise nicht auch geopolitische Lehren für eine Neuordnung Europas und der internationalen Staatenwelt zieht, könnte das Virus auch die EU insgesamt infizieren und dem Erstickungstod näher bringen. Das wären dann keine Petitessen mehr.

Streitigkeiten in der AfD

Meuthens Eigentor

Christian Vollradt

Wäre die AfD ein Karussell, würde sie wohl allein schon durch das Kopfschütteln ihrer Mitglieder erheblich rotieren. So stark, daß einer nur mit Mühe den Fliehkräften trotzen könnte, um nicht vom weißen Elefanten zu purzeln. Was den Vorsitzenden Jörg Meuthen geritten haben mag, die Idee einer einvernehmlichen Scheidung des „Flügels“ von der Gesamt-AfD ins Spiel zu bringen, das haben weder Parteifreunde noch -feinde verstanden; ausgerechnet jetzt, da Björn Höcke und Andreas Kalbitz innerparteilich ziemlich in die Defensive geraten waren und erklären mußten, dem – von Meuthen forcierten – Auflösungsbeschluß nachzukommen. Nun konnten sie wieder auf Attacke umschalten und die Einheit der Partei hochhalten, in der „Spalter“ der größte auszusprechende Vorwurf ist.

Dabei ist Meuthens Gedanke an sich gar nicht abwegig – was hinter vorgehaltener Hand manch anderer auch zugibt. Denn wie will eine Partei mit beträchtlichem programmatischem Spagat erfolgreich reüssieren: sowohl konservativ-nationalliberale Alternative für Ex-Unions- und Ex-FDP-Wähler zu sein, als auch „Linkspartei mit Deutschland-Fahne“? Doch im Alleingang öffentlich mit „Überlegungen“ dazu vorzupreschen, das tut kein Parteivorsitzender, der den Anspruch erhebt, mit Strategie und Durchsetzungsvermögen zu führen – und nicht bloß anhand seiner aktuellen Gemütslage.

Wen bekämpfen wir eigentlich?

Corona-Pandemie: Ist das Virus wirklich so gefährlich? / Expertenmeinungen sind breit gestreut, weil verlässliche Zahlen rar sind

Karsten Mark

Von vielen Medien werden sie mit spitzen Fingern angefaßt: die Zweifler und Renitenten unter den Medizinern, die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie von „Panikmache“ und „überzogenen Maßnahmen“ seitens der Regierung sprechen.

Ignorieren und als spinnerte Außenseiter abtun kann man sie aber auch nicht, denn die Biographien vieler dieser Wissenschaftler sind durchaus beeindruckend und sprechen deutlich gegen den Verdacht, es könnte sich durchweg um „Verschwörungstheoretiker“ handeln.

Zu jenem Kreis der renommierten Abweichler zählen etwa der ehemalige SPD-Gesundheitspolitiker und Lungenfacharzt Wolfgang Wodarg, der emeritierte Epidemiologe Sucharit Bhakdi, der Immunologe Stefan Hockertz, der Arzt und

Medizinhistoriker Karl-Heinz Leven, der Epidemiologe Ulrich Keil oder die ehemalige Direktorin des Instituts für Medizinische Virologie an der Universität Zürich Karin Mölling.

Vereint sind sie nicht nur in ihren sich überschneidenden Ansichten, sondern auch in ihren Lebenssituationen: Alle sind über 60, als Professoren bereits emeritiert oder wie Hockertz, der jüngste aus diesem Kreis, aus der akademischen Laufbahn in die Wirtschaft gewechselt. Zufall ist das offenbar nicht. „Meinen Job kann ich nicht mehr verlieren. Ich bin pensioniert“, sagte etwa Karin Mölling, die in dieser Woche 77 Jahre alt geworden ist, in einem Radiointerview mit dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb). Offenbar würde sie darum fürchten, wäre sie noch in akademischen Amt und Würden.

„Panik ist die dritte Epidemie“

Dem öffentlich-rechtlichen Sender sind die klare Kritik und Widerborstigkeit der aktiv forschenden Seniorin offenbar so suspekt, daß er das im Internet nachzuhörende Gespräch mit einer ausführlichen „Klarstellung“ versieht: „Sofern das Interview den Eindruck erweckt hat, daß radioeins die Coronakrise verharmlost, möchten wir uns ausdrücklich dafür entschuldigen“, ist dort zu lesen.

Zu Wort gekommen war Mölling in einem gut zehneinhalb Minuten langen Gespräch mit dem Moderator. Unter anderem verglich die Virologin die Sterberate der neuartigen Covid-Erkrankung mit der der Grippe und jener im Straßenverkehr und bezeichnete die „Panik“ vor dem Coronavirus als „das eigentliche Problem“ und als „dritte Epidemie“ neben Covid-19 – also der Krankheit selbst – („Davon hören Sie von morgens bis abends“) und der saisonalen Grippe („Da redet kein Mensch davon“). Auf einer Skala von eins bis zehn verortete Mölling die Gefährlichkeit des neuen Coronavirus (Sars-CoV-2) bei „drei bis vier“.

Der rbb hatte das Interview am 12. März geführt, an jenem Donnerstag, an dem die Bundeskanzlerin erstmals alle Deutschen dazu aufrief, Sozialkontakte so weit wie möglich zu vermeiden. Das Robert-Koch-Institut (RKI) hatte bis dato acht Corona-Tote in Deutschland gezählt.

Drei Tage später stellte sich ein junger Virologie-Professor den Fragen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der im Senkrechtstart zu den neuen Medienlieblingen unter den Experten avancierte: Hendrik Streeck, 42 Jahre jung und seit vergangenem Herbst Leiter des Instituts für Virologie an der Universität Bonn. „In Deutschland sterben jeden Tag rund 2.500 Menschen, bei bisher zwölf Toten gibt es in den vergangenen knapp drei Wochen eine Verbindung zu Sars-2“, ist dort in einer seiner Antworten zu lesen. „Natürlich werden noch Menschen sterben“, so Streeck weiter, „aber ich lehne mich mal weit aus dem Fenster und sage: Es könnte durchaus sein, daß wir im Jahr 2020 zusammengerechnet nicht mehr Todesfälle haben werden als in jedem anderen Jahr.“

Viele Covid-Tote durch Krankenhauskeime?

Hohe Wellen geschlagen hat diese Äußerung nicht. Erst recht brachte sie ihn nicht in den Verdacht, ein „Verharmloser“ zu sein. Und niemand versah sein Interview mit einem „Warnhinweis“. Vielleicht weil Streeck sich jede Kritik an der Politik und den Vorwurf der „Panikmache“ verkniffen hatte.

An der Faktenlage hat sich seither einiges geändert. So scheint die Behauptung, die Corona-Pandemie habe kaum Auswirkungen auf die Gesamtsterblichkeit in der Bevölkerung, mittlerweile widerlegt. Aktuelle Zahlen des italienischen Gesundheitsministeriums zeigen, daß in den norditalienischen Städten in der zweiten Märzhälfte doppelt so viele Menschen gestorben sind wie im Durchschnitt. Auch die Berichte von überlasteten Krematorien, die es aus Wuhan genauso gab wie nun aus Italien und New York, sprechen eine deutliche Sprache.

Die Behauptung, die Corona-Pandemie wäre vermutlich niemandem aufgefallen, wenn nicht ein Test dafür entwickelt worden wäre, wie etwa Wolfgang Wodarg sie aufstellt, erscheint damit abwegig. „Egal ob wir auf das neue Virus testen würden oder nicht“, Erkrankungen in dieser Intensität würden auf jeden Fall auffallen“, sagte der Virologe Jonas Schmidt-Chanasit vom Hamburger Bernhard-Nocht-Institut gegenüber der Welt.

In der Tat hat sich die Situation nach jedem nationalen Corona-Ausbruch mit einer erst allmählich, dann explosionsartig steigenden Zahl von Schwerkranken mit Lungenentzündungen – die das Gesundheitssystem erst belasten und später überlasten – ähnlich zugespitzt: erst in Wuhan, dann in Mailand, in Madrid, in Paris und in New York.

Wodarg und andere argumentieren zu Recht, es würden nur Tote gezählt, die mit einer Corona-Infektion gestorben sind, es werde aber nicht untersucht, ob die Infektion tatsächlich auch die Todesursache sei. Angesichts der vielen betagten und mit Krankheiten vorbelasteten Patienten unter diesen Toten ist der Einwand berechtigt.

Seine Schlußfolgerung, daß es in Ländern wie Italien und Frankreich erst dadurch so viele Tote gegeben habe, weil dort lebensgefährliche Krankenhauskeime besonders verbreitet seien, läßt sich nicht von der Hand weisen, andererseits aber auch nicht als alleinige Ursache nachvollziehen. So ragt das in puncto Krankenhaushygiene weltweit fortschrittlichste Land, die Niederlande, gerade nicht allzu positiv bei der Sterberate hervor.

Experten haben nur wenige gesicherte Zahlen

Offenbar liegt es in den Niederlanden weniger an den medizintechnischen Möglichkeiten, sondern eher an ethischen Erwägungen, die Ärzte öfter als anderswo davor zurückschrecken lassen, betagte Patienten überhaupt noch in ein Krankenhaus einzuweisen. „Natürlich schicken Sie keinen Demenzkranken, der nur noch in

Embryohaltung im Bett liegt, noch auf die Intensivstation“, sagte die Fachärztin für Altersheilkunde (Geriatric) Maggy van den Brand von der Pflegeorganisation Archipel aus Eindhoven gegenüber der Zeitung de Volkskrant.

In den katholischen Ländern Südeuropas liegt die Hemmschwelle für eine solche Entscheidung meist höher. „Je weiter Sie nach Süden gehen, desto unaussprechlicher ist es, eine Behandlung abubrechen, die das Leben unnötig verlängert“, sagte Hans van den Spoel, stellvertretender Leiter der Intensivstation am Amsterdamer Universitätsklinikum de Volkskrant.

Abgesehen von solchen komplexen Begleitumständen, die internationale Vergleiche erschweren, mangelt es aber vor allem noch an den ganz grundlegenden Zahlen. „Ohne genügend große repräsentative Zufallsstichproben, die die Ausbreitung und Gefährlichkeit der Virusinfektionen in der Bevölkerung untersuchen, sind Prognosen über zukünftige Todesfälle nicht haltbar“, äußerte Ulrich Keil, emeritierter Epidemiologe der Universität Münster, gegenüber der Welt.

Darin stimmt der Kritiker mit den Regierungsberatern unter den Virologen durchaus überein. Niemand zweifelt unterdessen, daß es dringend repräsentativer Testreihen bedarf, um festzustellen, wie hoch die Anzahl Infizierter an der Gesamtbevölkerung tatsächlich ist. Denn aller Wahrscheinlichkeit nach zeigen nur 51 bis 81 Prozent der Infizierten überhaupt Krankheitssymptome. Diese Spanne gibt das Robert-Koch-Institut auf der Grundlage dreier Studien an.

Getestet werden derzeit überwiegend die Erkrankten. Auch weil es momentan zwar brauchbare Tests gibt, um eine akute Infektion nachzuweisen, nicht aber, um im nachhinein Antikörper im Blut eines Infizierten nachzuweisen, der nur leichte oder unter Umständen auch gar keine Symptome hatte. Das Imperial College in London kommt in einer Abschätzung für Deutschland auf eine Dunkelziffer von 90 Prozent. Demnach habe es schon Ende März rund 600.000 Infizierte in Deutschland gegeben.

Erst auf der Grundlage eines repräsentativen Massentests auf Corona-Antikörper lassen sich gesicherte Aussagen über die Risiken, nach einer Infektion zu erkranken oder gar zu sterben, treffen. Noch mangelt es an Testverfahren, die sicher und empfindlich genug für eine solche Testreihe sind.

Antikörpertest

Antikörpertests sind Verfahren, mit denen im Blut einer Person nachgewiesen werden kann, ob er Antikörper (Immunglobuline) gegen ein bestimmtes Virus gebildet hat. Das Immunsystem produziert sie als Reaktion auf Erreger (Antigene). Diese Tests könnten Sicherheit darüber bieten, wie viele Personen den Virus hatten, ohne Symptome zu entwickeln. Personen, die eine Infektion mit dem neuartigen Coronavirus bereits

ungetestet und symptomfrei überstanden haben, gehen daher nicht in die Statistiken der Gesundheitsbehörden ein. Erste Unternehmen wie die Lübecker Firma Euroimmun haben nach eigenen Angaben solche Tests entwickelt. Das Berliner Pharmaunternehmen PharmAct wirbt sogar mit einer hohen Spezifität von 99,8 Prozent. Die Spezifität beschreibt, wie wahrscheinlich gesunde Personen auch als solche erkannt werden. Die Sensitivität gibt das Unternehmen nicht an. Dieser Wert beschreibt, zu welchem Anteil ein Test bei Trägern ein positives Ergebnis liefert. Gegenwärtige, auf der PCR-Technologie beruhende Test weisen dagegen nur den aktiven Virus nach. Meist wird dazu ein Nasen-Rachen-Abstrich genommen und analysiert. Ob nach einer durchgemachten Infektion eine Immunität aufgebaut wurde, können die gegenwärtigen PCR-Tests nicht zeigen. Ein Problem ist auch eine hohe Unsicherheit von bis zu 30 Prozent gegenüber anderen Coronaviren. Wichtig wären die Zahlen derer, die eine Infektion bereits überstanden haben, für Epidemiologen. Diese gehen davon aus, daß ein Virus bei einer „Herdenimmunität“ von über 70 Prozent keine Epidemie mehr auslösen kann. (mp)

www.pharmact-health.com

Seine Vorstellungen wirken bis heute nach

Einflußreicher Denker: Zum 100. Geburtstag des rechtsintellektuellen

Publizisten Armin Mohler

Karlheinz Weißmann

Es ist nicht ganz einfach in Rottingdean, einer kleinen Hafenstadt an der Küste von Sussex, einen Parkplatz zu finden. Aber schließlich gelang es uns, den Wagen nahe der Kirche St. Margaret's abzustellen, in der man einige wunderbare Fenster des Präraffaeliten Edward Burne-Jones bewundern kann. Kurz bevor ich durch die Eingangstür ging, zog ich mein Mobiltelefon aus der Tasche, um es auszuschalten. Aber mein Blick fiel auf den Hinweis, daß eine neue Nachricht eingegangen sei, mit dem Vermerk „Mohler-Feindbild in der neuen Zeit“. Ich konnte nicht widerstehen. Burne-Jones mußte warten, zuerst wollte ich wissen, was es mit der Mail und ihrem Anhang auf sich hatte.

Es ging um einen Text in der Zeit (Ausgabe vom 7. Juli 2016) des notorischen Volker Weiß über Armin Mohler als „Gründervater“ der „Neuen Rechten“. Gemeint waren damit alle: von Pegida bis zur JF, von den Männern im Oxford-Karo bis zu den Identitären, von der Alternative für Deutschland bis zur Denkfabrik im Sachsen-Anhaltinischen. Keine Krise, kein konkretes Problem, keine Analyse hatte sie hervorgebracht. Sie verdankten ihre Entstehung und ihren Erfolg letztlich dem Wirken Mohlers. Der seinerseits alles andere als originell gewesen sei. Denn Mohler habe im Grunde nur den „völkischen Nationalismus“ der Weimarer Zeit recycelt. Natürlich erreiche man nicht mehr das Niveau eines Moeller van den Bruck, eines Oswald

Spengler, Carl Schmitt oder Ernst Jünger. Aber es gehe die Saat auf, die Mohler mit seinem Buch „Die Konservative Revolution in Deutschland“ gesät habe.

Er hatte eine Neigung zum Sammeln von Papier

Hätte Mohler das noch erlebt, er wäre begeistert gewesen, und von der Illustration über der Seite noch mehr als vom Text selbst. Denn die zeigte einen verhältnismäßig jugendlichen Mohler mit einem Megaphon in der Hand, der offenbar die Massen agitierte, die unter AfD-Blau, Schwarz-Rot-Gold, Wirmer- und Reichskriegsflagge auf die Straße gingen, um die Islamisierung zu verhindern und Merkel zum Teufel zu jagen. Mohler wäre der Zeitungsseite mit Schere und Klebstoff zu Leibe gerückt, um eine kopierbare Version auf DIN A-4 zu bringen, und die hätte er dann, ergänzt um ein paar Anmerkungen mit Tinte oder Edding, per Post an Freunde, Bekannte und Sympathisanten verschickt.

Dazu ist es nicht gekommen. Armin Mohler, vor einhundert Jahren, am 12. April 1920 in Basel geboren, verstarb schon am 4. Juli 2003 in München. Aber seine Vorstellungen wirken tatsächlich bis heute nach. Zwar nicht ganz so, wie sich das Weiß, die Antifa, schreckhafte Liberale und wohlbestallte Demokratietheoretiker vorstellen, aber doch viel effektiver, als diejenigen annehmen, die nur Auflagenhöhen und Publikationsorte im Blick haben.

Sicher gab es in der Nachkriegszeit andere Konservative oder Rechtsintellektuelle, die geschickter waren als Mohler, gelittener, die noch Bestseller schrieben oder irgendwo am Rande eine akademische Laufbahn absolvierten. Aber von denen weiß heute niemand mehr. Ihre Namen sind vergessen, ihre Bücher waren Augenblickserfolge, ihre Ideen anachronistisch, jedenfalls ohne echte Bedeutung und ohne Einfluß auf die geistige Bewegung.

Dagegen wird man feststellen müssen, daß Mohler zwar nur eine kleine Zahl selbständiger Schriften hinterlassen hat – zu nennen wäre neben seinem Hauptwerk über die Konservative Revolution noch „Was die Deutschen fürchten“ und „Die Vergangenheitsbewältigung“ –, aber es gab daneben eine Reihe von Essays, die vielleicht noch stärkere Eindrücke hinterließen, wie etwa „Der faschistische Stil“ oder „Liberalenbeschimpfung“.

Daß Mohler in seinen letzten Jahrzehnten kaum Umfangreicheres geschrieben hat, ist nicht nur damit zu erklären, daß ihm „die kleine Form“ eher lag und er eine Neigung zum Jagen und Sammeln von altem Papier hatte, die ihren Tribut in Gestalt von Lebenszeit forderte, sondern auch damit, daß er nicht mehr in dem Rahmen publizieren konnte, den er eigentlich für angemessen hielt.

Um das zu verstehen, muß man sich vor Augen führen, in welchem Maß er als junger und nicht mehr ganz junger Mann Vertrauen in Protektion setzen durfte. Das galt schon nach seiner Abwendung von der Linken und nach dem Scheitern des abenteuerlichen

Versuchs, als Freiwilliger in die Waffen-SS einzutreten und am Weltkampf eines „Neuen Europa“ gegen den Bolschewismus teilzunehmen. Aber es galt erst recht für die Anfangszeit in Deutschland als Sekretär Ernst Jüngers, für die Phase als Frankreichkorrespondent verschiedener Zeitungen – unter anderem der Zeit – während der fünfziger Jahre, und das galt selbstverständlich für die Übernahme der Leitung der Siemens-Stiftung nach der Rückkehr in die Bundesrepublik.

Der Rückzug vieler seiner Schüler enttäuschte ihn

Dabei hatte Mohler früh den Ruf eines enfant terrible. Aber gerade das weckte das Interesse einer Öffentlichkeit, die nach dem Untergang des einen „Kommissarstaats“ und der bedrohlichen Fortexistenz des anderen ein waches Bewußtsein für die Bedeutung von Meinungsfreiheit und -vielfalt hatte. Die Debatten der Nachkriegsjahrzehnte kennzeichnete jedenfalls ein heute kaum noch vorstellbares Maß an Offenheit, so daß in ihnen tatsächlich Männer und Frauen verschiedener Auffassung zur Geltung kamen: Konservative und Liberale, Karolinger und Nationale, Gläubige und Atheisten, Katholiken und Existenzphilosophen. Wenn jemand – wie Mohler in der Frage der atomaren Bewaffnung und der transatlantischen Bindung – eine Sonderstellung einnahm, sah man das eher als Bereicherung an, nicht als Gefahr des Konsensus und Ursache für die drohende Spaltung der Gesellschaft.

Als sich diese Lage grundsätzlich wandelte, hat Mohler das nur nach und nach begriffen. Die Studentenrevolte begleitete er anfangs mit süffisanten Kommentaren und einem gewissen Wohlwollen für das Rebellische der jungen Generation. Das Problem waren seiner Meinung nach nicht die Linken auf den Barrikaden, sondern die feigen Bürger, die lieber den Rückzug antraten, als den Kampf aufzunehmen. Aber an eine dauerhafte Vorherrschaft dessen, was da als „Zweite Aufklärung“ gehandelt wurde, konnte Mohler nicht glauben, auch nicht daran, daß die Türen, die für ihn ins Schloß gefallen waren, auf Dauer verriegelt blieben. Noch das Projekt der Zeitschrift Criticón, das er 1970 mit seinem Freund Caspar von Schrenck-Notzing auf den Weg brachte, entstand in der Erwartung, daß das roll back nur eine Frage der Zeit sei.

Diese Einschätzung hat sich als falsch erwiesen, und daß Mohler in der Folge vor allem auf Criticón sowie die kleinen Verlage der rechten Szene für seine Veröffentlichungen beschränkt blieb, warf einen Schatten auf sein Alter. Hinzu kamen die Enttäuschung über das Scheitern einer Universitätskarriere und der Rückzug seiner Schüler, die sich entweder eine Nische suchten oder ihren Überzeugungen abschworen. Das war nicht nur in persönlicher Hinsicht bitter, sondern auch, weil so ein Abbrechen der Kontinuität drohte.

Zu Resignation hat das bei Mohler aber nicht geführt. Was auch mit der eigenwilligen Art und Weise zu tun hatte, in der er das Rechts-Sein auffaßte. Denn das tragische Weltgefühl, das dieses Lager seiner Meinung nach einte, war für ihn auch die Ursache einer besonderen Dialektik: „Der tiefste Unterschied zwischen einem ‘linken’ und einem ‘rechten’ Menschen besteht wohl darin, daß der letztere sich stets seiner

Sterblichkeit bewußt ist. Schon das hält ihn von den Großanlagen und unendlichen Entwürfen zurück, zu denen der Linke so leichten Herzens ansetzt. Aber da er im Bewußtsein seiner Sterblichkeit auch immer wieder die neue Geburt, die neue Schöpfung erfährt, setzt der Rechte um so unbefangener zur Gestaltung überschaubarer, in sich runder Gebilde an, die er dem Chaos entgegenstellt. Die Frage zwischen rechts und links ist also nicht die von Pessimismus oder Optimismus.“

Wenn man zu klären sucht, was von Mohlers Denken bleibt, dann fällt viel weg, was er selbst – und oft auch seine Gegner – ins Zentrum gerückt haben. Der „Nominalismus“ hatte so wenig Bestand wie die Kritik des Christentums, die Technokratie war kein Ausweg für die Konservativen, und die Orientierung am Gaullismus dürfte nur noch wenige überzeugen. Dagegen bleibt unumgänglich, die Art und Weise zur Kenntnis zu nehmen, in der Mohler die „Achsenzeit des Konservatismus“ analysiert hat. Nach wie vor lohnt die Lektüre seiner Analysen deutscher Vergangenheitsbewältigung und der Anmerkungen zu einem realistischen Politikverständnis im Sinne Carl Schmitts. Das festzustellen, heißt auch hervorheben, daß der Einfluß von Denkern wie Mohler nicht daran gemessen werden kann, ob sich irgend jemand an ihre Werkausgabe setzt. Der Einfluß ist einer, der aus der Lektüre folgt, deren Bedeutung Mohler – selbst ein rastloser Leser – immer wieder betont hat.

Deshalb muß man darauf gefaßt sein, heute in einem Berliner Restaurant neben einem durchtrainierten jungen Mann zu sitzen, mit gepflegtem Vollbart, Typus Hipster – wie man im Gespräch erfährt: KSK und dann ein paar Jahre für den privaten Sicherheitsbereich tätig –, der auf die Frage, was ihn zu „uns“ geführt hat, lächelnd antwortet: „Ach wissen Sie, als ich 16 war, ist mir ein Buch von Armin Mohler in die Hände gefallen.“

Armin Mohler / Karlheinz Weißmann: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch. Ares-Verlag, 2005, gebunden, 643 Seiten, 49,90 Euro